

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22



## **Bürgerliche Freiheit und staatliche Überwachung**

Beschluss des Landesverbandstages der Jungen Union Landesverband Braunschweig

am 28. / 29. August 2015 in Helmstedt

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass technische Neuerungen, die man zur Überwachung nutzen konnte, stets zum Einsatz kamen. Die Grenzen der Überwachung waren somit technischer Art und keineswegs selbstgesetzte. Früher schützte der Staat die Bevölkerung durch Stadtmauern und Wehrtürme. Diese sind heute unbrauchbar. Der Terrorismus diffundiert quasi in unser Gemeinwesen hinein und Kriminalität entsteht aus der Mitte unserer Gesellschaft heraus. Die Gefahr kommt nicht mehr gut sichtbar von außen, sondern geht von Tätern aus, die unbemerkt unter uns leben.

Weiter haben moderne Kommunikationswege neue Sicherheitsfragen aufgeworfen. Das Internet ist ein digitaler öffentlicher Raum, in dem, genau wie in der realen Welt, Kriminalität stattfindet oder Taten vorbereitet werden. Es steht außer Frage, dass staatliche Sicherheitsbehörden Instrumente nutzen müssen, um diese neuen Formen der Kriminalität zu bekämpfen. Gleichzeitig muss es jedoch gesetzlich definierte Grenzen geben, um die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Zwischen diesen beiden Zielen ist ein Konflikt entstanden. Die Freiheitsrechte der Bürger stehen den Sicherheitsbehörden bei ihrer Online-Überwachung im Weg.

Ähnlich verhält es sich bei der visuellen Überwachung durch Kameras im Öffentlichen Raum. Einerseits findet dort Kriminalität statt und es ist die Pflicht des Staates die Bürger vor dieser zu schützen, andererseits beinhaltet die immer umfassendere Überwachung eine gefühlte und tatsächliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit im Öffentlichen Raum.

Überwachung ist keineswegs ein Selbstzweck. Die Möglichkeit, Straftaten rückwirkend aufklären zu können, sowie Hintermänner und Mittäter zu überführen, ist ein Ziel von Datensammlungen, wie z.B. der Vorratsdatenspeicherung. Viel wichtiger ist aber die Antizipation. Einen Terroranschlag in der Nachsicht aufzuklären ist keine anspruchsvolle Leistung, es geht darum Terroranschläge zu verhindern. Folglich ist die Frage, wer die Terroristen waren, uninteressant.

Die Frage ist: Wer wird zum Terroristen? Ähnlich verhält es sich auch im Hinblick auf Kriminalität. Staatliche Überwachung von Kommunikation und vor allem

23 durch Kamerasysteme schützt die Bürger, weil Täter ermittelt werden können und dadurch Wiederholungstaten unterbunden werden und weil auch nur so  
24 ein schnelles Eingreifen während der Tat selbst möglich wird.

25 Sicherheit ist die Verantwortung des Staates gegenüber seinen Einwohnern. Wenn er diese nicht gewährleistet, kann er dann noch erwarten, dass die Bürger  
26 sein Gewaltmonopol akzeptieren? Wenn diese bedroht werden und der Staat ihnen nicht beisteht, kann der Staat erwarten, dass die Bürger Leib, Leben,  
27 Familie und Eigentum aufgeben. Es setzt ein Automatismus ein. Die Folge ist der Rückfall in den Naturzustand. Man ist gezwungen zum *hobbesschen* „Wolf“  
28 zu werden, wenn man nicht schutzlos werden will. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass es ein absolutes Paradoxon ist von „liberalen Waffengesetzen“ zu  
29 sprechen. Ein wirklich liberaler Staat würde einen Zustand der Sicherheit herstellen, in dem sich der Einzelne seiner Schutzrechte sicher sein kann – so sicher,  
30 dass er gar nicht das Bedürfnis hat sich zu bewaffnen. Waffen in den Händen von Privatpersonen sind die Nachfrage nach einem eigenen Gewaltmonopol. Ein  
31 Staat, in dem sich die Leute bewaffnen müssen, hat aufgegeben. Die Bürger eines wirklich liberalen Staates müssen Sicherheit einfordern können und sie  
32 müssen verlangen können, dass der Staat, dem sie das Gewaltmonopol übertragen haben, sie letztlich voreinander zu schützen.

33 In Bezug auf die Definitionen von Freiheit wird stets betont, dass die Freiheit des einen dort endet, wo die des anderen beginnt. Leben/ Unversehrtheit und  
34 Eigentum sind im Gesellschaftszustand zu achten.

35

36 Nach Aristoteles ist die letzte Tugend der untergehenden Zivilisation die Toleranz. Tolerare heißt ertragen / erdulden. Man kann von Niemandem verlangen  
37 Kriminalität und Terror zu ertragen. Wer sagt, dass eine Gesellschaft ertragen muss, dass es Kriminalität gibt und Straftäter rückfällig werden können? Wer in  
38 der Abwägung die Gesellschaft einem erhöhten Restrisiko zugunsten der Resozialisierungsbestrebungen aussetzen will, der muss auch das Risiko der  
39 Verantwortung berücksichtigen. Wer in der Balance zwischen Sicherheit und Freiheit die Allgemeinheit einem vermeidbaren Risiko aussetzt, der macht sich  
40 schlicht zum Mittäter. Wir als Junge Union verstehen uns als politische Kraft, die für innere Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung eintritt.

41

42 Durch den technischen Fortschritt stehen den staatlichen Sicherheitsbehörden völlig neue Mittel zur Verfügung, um die Bevölkerung zu schützen. Gerade  
43 der Überwachung von Kommunikation und des Öffentlichen Raumes kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Der Staat kann durch  
44 Kommunikationsüberwachung Taten im Nachhinein aufklären und vor allem voraussehen und so verhindern. Zum Wohle der Bürger muss der Staat die  
45 technischen Möglichkeiten voll und ganz ausschöpfen, um diese zu schützen. Bei jeder Tat, die im öffentlichen Raum stattfindet, muss staatliches Handeln

46 vor zwei Fragen bestehen. Zum einen stellt sich die Frage, ob Sicherheitskräfte das Opfer hätten schützen können, wenn sie die Tat durch visuelle  
47 Überwachung frühzeitig erkannt hätten? Zum anderen stellt sich die Frage, ob die Aufklärung einer Tat und damit die Prävention von Folgetaten daran  
48 scheitert, dass Ermittlungsbehörden nicht vollständig auf die Information zurückgreifen können, die technisch zur Verfügung stehen würden. In beiden Fällen  
49 muss der Staat sich verantworten. Sollte der Schutz von Opfern daran scheitern, dass der Staat nicht alle Mittel ausgeschöpft hat, dann trägt er eine Teilschuld.  
50 Letztlich ist dann sogar die Legitimation des staatlichen Gewaltmonopols in Frage gestellt.

51

- 52 • Der Staat muss aus unserer Sicht für dezentrale Speicherorte (sog. Insellösung) sorgen, um die innere Sicherheit zu maximieren. Die Daten werden  
53 anonymisiert (dies schließt nicht die Zuordnung von IPs, MACs etc. aus) erhoben und erst im Falle von Ermittlungen Einzelpersonen zugeordnet.
- 54 • Wir fordern eine visuelle Überwachung des öffentlichen Raumes. Die Speicherfrist muss hierbei der beruflichen Praxis angepasst sein.
- 55 • Dem Vorbehalt der richterlichen Anordnung muss Einhaltung geboten werden.